

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 84.

Freitag, 20. Juli.

1877.

## Die Rothen wider die Blauen.

IV.

Die „Frankfurter Zeitung“ spielt folgende Trümpe rasch hinter einander auf.

**Erster Trumpf:**  
„Um der Republik willen die Republik befehlen und sich das Empire herbeiwünschen, durch Beelzebub, den Obersten der Teufel, die Teufel auszutreiben, welcher Aberwitz!“

Thiers, Gambetta, Jules Simon sind also nach der „Frankfurter Zeitung“ die Teufel, der kleine Lulu aber der Beelzebub! Das ist sehr günstig — stehen wir aber den Trumpf der „Frankfurterin“. Unsere Stichkarte haben wir schon in dem vielberufenen Artikel: „Nieder mit der Republik!“ vorgezeigt — die „Frankfurter Zeitung“ aber hat merkwürdigerweise „vergessen“, dies ihren Lesern mitzutheilen; wir sagten nämlich am Schlusse unseres Artikels:

„Dann wird die sozialistische Republik entstehen. — Bis dahin aber ist es gleich, ob Thiers mit dem Gambetta-Louis Blanc'schen Schwefel, oder ob der zukünftige Schwiegerjohn Mac Mahon's, Lulu, das Heft in Händen hat — sie taugen alle Beide nichts!“

Wir haben also nicht die Teufel durch den Obersten auszutreiben wollen, sondern uns gegen die allgemeine Teufelei gewandt und den französischen Arbeitern den Rath ertheilt, keine Hand zu rühren um irgend eines Satanas halber.

**Zweiter Trumpf der Frankfurterin:**  
„In eine ungeheure Täuschung wiegt sich der „Vorwärts“, wenn er meint, es brauche nur das Empire zu kommen und Alles recht schlecht zu gehen, dann werde es schon gut gehen. Die lange Dauer der Herrschaft Napoleon's III. spricht ein wenig gegen diese im Grunde ja recht tröstliche Theorie. Wie bequem es diese Politiker des Drüber und Drunter doch haben.“

Was die Frankfurterin hier den Lesern erzählt, hat der „Vorwärts“ an keiner Stelle jenes Artikels „gemeint“; die „Frankfurter Zeitung“ hätte ihren Trumpf also noch zurückhalten müssen; — aber zugegeben, der Artikel ließe sich in dem Sinne deuten, daß ein Kaiserreich in Frankreich gegenwärtig besser sei, als die conservative Republik, so ist es uns doch leicht, wiederum mit einem Abhabe aus jenem Artikel selbst, den Trumpf der Frankfurterin zu stechen.

Wir schreiben nämlich:  
„Wenn wir auch die republikanische Staatsform für eine ungleich bessere halten, als die monarchische, so müssen wir doch eingestehen, daß wenn in einer solchen besseren Staatsform ein schlechtes Staatswesen sich kundgibt, daß dann die Form selbst nur täuschend auf den Staatsbürger einwirkt, daß die Scheinfreiheit, die sich breit macht, demoralisirend wirkt, als die geringere Freiheit in einer starrerem Staatsform. Und in der französischen Republik liegt die Freiheit am Boden; dasjenige aber, was sich noch breit macht, ist nur Scheinfreiheit.“

Von einem „Drunter und Drüber“ ist also nirgends die Rede, aber wohl davon, daß die republikanische Staatsform, wenn in ihr nur die Scheinfreiheit vorhanden, demoralisirend auf das Volk wirkt, als das Kaiserreich, von dem man keine Freiheit erwartet. Die Demoralisation und Corruption, welche eine „bürgerliche“ Republik aber erzeugt, ist weit gefährlicher, als die starren Bande, in welche ein Kaiserthum die Freiheit schlagen kann. Sehr schwer wird es einem Volke, die Corruption loszuwerden, aber mit einem gewaltigen Ruck sprengt oft und leicht die Freiheit ihre Fesseln.

**Dritter Trumpf der Frankfurterin** — es ist schon mehr der „Schwarze Peter“, der hier aufspielt, die lustige Figur — merkwürdig genug — in dem thränenreichen Artikel der „Frankfurter Zeitung“.

Der „Schwarze Peter“ läßt sich also vernehmen:  
„Ganze und volle Aufklärung muß man in's Volk hineintragen. Das geschieht unterm Empire besser als in der Bourgeois-Republik. Denn Rouher wird die Amnestie erklären, Brunet wird gute Volksschulen errichten, Pietri wird die Versammlungen schähen, Broglie nimmt die Presse unter seine Fittige, Cassagnac sorgt für die Redefreiheit der Deputirten — und so kommt die Aufklärung, die ganze volle Aufklärung in's Volk hinein.“

Das soll Witz sein! — Bismarck stellt Strafanträge, Culenburg spricht von „verbrechlicher Thorheit“ der Sozialdemokraten, Tessenдорff löst die Vereine auf und bringt die Redner auf die Anklagebank, unter Falk's Regiment sind 4000 Lehrstellen in Preußen unbefehlt, die „Frankfurter Zeitung“ weiß ein treffliches Liedchen über die preussisch-deutsche Pressfreiheit zu singen und die Redefreiheit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — heiliger Valentin von Cassagnac, dafür sorgst Du ja! Und dennoch gelingt es vielfach den Sozialdemokraten in Deutschland, mit Verlaub der „Frankfurter Zeitung“ sei es gesagt, Aufklärung, ganze volle Aufklärung in's Volk zu tragen — solche Hindernisse, vor welchen die Frankfurterin sich fürchtet, gleichen den Baumstämmen, die man in den Bergstrom wirft, um ihn aufzuhalten, die er aber schlau umgeht oder brausend überflutet, oder donnernd in den Abgrund wälzt.

Die beregte Frage ist übrigens ernst, recht ernst, deshalb ist der Frankfurterin der Witz auch so schlecht gelungen.

Gerade in dieser Frage hat sich unser Berliner Parteiorgan auch geäußert, und sonderbar genug hat es sich auf die Seite der „Frankfurter Zeitung“ gestellt und die Bourgeoisrepublik verteidigt, während alle übrigen sozialistischen Vokalblätter, so weit sie die schwabende Frage berührt haben, voll und ganz für die Ansicht des „Vorwärts“ eingetreten sind.

Wir würden dies hier nicht erwähnen, wenn nicht die „Frank-

furter Zeitung“ triumphirend den betreffenden Artikel der „Berliner Freien Presse“ gegen uns in's Feld geführt und wenn sie nicht in ihrem Artikel geäußert hätte, daß die deutschen Sozialdemokraten die Ansicht des „Vorwärts“ nicht theilen würden. Der letzten Aeußerung werden wir zum Schluß noch Erwähnung thun.

In der Frage aber: ob Scheinrepublik — eine Bourgeoisrepublik ist immer eine Scheinrepublik — oder Kaiserthum, geben wir hier dem „Braunschweiger Volksfreund“ das Wort, der diese Frage sehr treffend behandelt hat:

„Die meisten Ideenverwirrungen entstehen daraus, daß man die entgegengesetzten Dinge, welche in einem Punkte etwas Gemeinsames haben, unter einem Namen zusammenfaßt. So nennt man Republik jede Staatsbildung, welche keinen Fürsten hat. Und wenn heute ein Consortium nach Gründermanier den Staat befehlt, die Direktoren ernannt und die Aktionäre (Reichstag, Deputirtenkammer u.) als Strohputzen fungiren läßt, während jene Sippe alle Machtmittel in Händen hat, dann ist es auch eine Republik, für welche sich jedoch kein wirklicher Demokrat begeistern kann, ja der gegenüber er noch der absoluten Monarchie den Vorzug giebt. Nichts ist gefährlicher als die Heuchelei, das heißt die Lüge im Gewande der Wahrheit, die Knechtung unter der Maske der Freiheit.“

„Was ist das Gefährlichere, etwa das Wahlen eines königlichen Polizeipräsidenten oder das eines liberalen Stadtraths, der die Polizeigewalt hat; was ist gefährlicher, die Herrschaft eines vornehmen Bureautraters, der wenigstens eine Art von point d'honneur hat, oder die jenes unter „liberaler“ Maske hinaufgeschwindelten Gesindels, welchem sowohl der innere Halt der Befugnung, als auch der äußerlich anerzogene der Standesehre fehlt?“

„Der Cäsarismus mag die Herrschenden, er mag die Gauner und die Dummköpfe für sich gewinnen, alle schwachen und haltlosen Elemente mag er an sich ziehen, aber er sößt Alles von sich, was Charakter und Freiheitsinn hat. Wie anders aber ist es mit jenen, welche ein doppeltes Spiel treiben, jene doppelzungen Wesen, die weder den Rath haben, für eine Sache voll und ganz einzutreten und doch auch nicht ihren Abfall erklären mögen, die so nach beiden Seiten sich die Möglichkeit ihrer Existenz erhalten, den Mantel nach dem Winde drehen und so manchen ehrlichen Freund der Freiheit betrügen! Das ist die größere Gefahr.“

„Die Ausföhrung durch den Cäsarismus ist die weniger gefährliche. Der Cäsarismus muß wenigstens, um dieses zu thun, einige materielle Vortheile bieten, er muß etwas leisten und dadurch grade erweitert er das Begehren des Volkes; der Liberalismus aber schlafert das Volk ein, er corumpirt es.“

Das ist deutlich und logisch — und damit wäre auch der dritte Trumpf der Frankfurterin überstochen und sie selbst wäre also — „beet“.

In der theilweisen Wiedergabe unseres Leitartikels hat die „Frankfurter Zeitung“ außer dem Schlusssatz, den wir oben erwähnt haben, noch zwei Punkte unerwähnt gelassen, welche für den unbefangenen Beurtheiler von einigem Interesse sein könnten.

Zunächst haben wir ausdrücklich erwähnt, daß wir wohl begreifen können, weshalb die Bourgeois gerade Thiers so sehr lieben — derselbe ist nämlich selbst ein eingefleischter Bourgeois — er war ja bekanntlich unter dem „Bourgeoiskönig“ Louis Philipp, der einflussreichste Minister.

Dann aber haben wir ganz besonders betont, daß die vom arbeitenden Volke genährten Intransigenten durch ihren Pact nichts gewinnen könnten, sie sollten nämlich günstigsten Falles für das linke Centrum, für den Denker der Commune Thiers und Genossen, die Kosanien aus dem Feuer, ohne selbst für ihre Partei irgend welchen Vortheil zu erringen — und das nannten wir Volkssverrath. Die „Frankfurter Zeitung“ gedachte nur des von uns berührten ungünstigen Falles, daß wahrscheinlich die ganze Gesellschaft sich die Finger verbrennen würde.

Also sehen wir, daß in keinem Falle die Intransigenten durch ihre Handlungsweise für ihre Partei etwas erlangen können und da ist und bleibt dieselbe Dummheit oder Volkssverrath.

Zum Schluß ihres Artikels setzt sich nun die „Frankfurter Zeitung“ auf das hohe Pferd und tragt siegesgewiß vor das sozialdemokratische Publikum und spricht:

„Wahrscheinlich würden wir die sozialdemokratische Partei in Deutschland verlegen, wenn wir sagen wollten, daß sie insgesammt von der gleichen Meinung wie der Verfasser des besprochenen Leitartikels erfüllt sei. Wir glauben, daß in der Sozialdemokratie doch eine andere Politil Wurzel geschlagen hat, daß man, die revolutionären Ideen weiter bildend, die revolutionären Phrasen verlerne. Wohin würde uns dieses Belotenthum, dieses wilde Geschrei über Verrath führen, als daß die ehrlichsten Freunde des Volkes, Sieger geworden, ihre Regierung damit begännen, einander selber die Köpfe abzuschlagen? Wir hörten einmal, wie ein Zeitungsverkäufer seine Waare mit den Worten anpries: „Nieder mit den Sozialisten!“ Unser Auge war scharf genug, zu erkennen, daß der Colporteur ein sozialdemokratisches Blatt verkaufte und uns „Bourgeois“ nur verlocken wollte; wir kauften nicht. „Nieder mit der Republik ruft heute der „Vorwärts“. Das kann unmöglich ernst gemeint sein, im schlimmsten Falle ist es eine momentane Verirrung, ein Jornausbruch bei augenblicklich getrübttem Bewußtsein, — so werden seine scharfblickenden Leser urtheilen und die Nummer als ungelauft betrachten.“

So schließt unsere Frankfurter „Freundin“ ihren Artikel! Daß wir es sehr ernst gemeint haben mit jenem Artikel:

„Nieder mit der Republik!“ das wußten unsere aufmerksamen Leser sofort und das brauchen wir jetzt auch der „Frankfurter Zeitung“ gewiß nicht mehr ausdrücklich zu versichern; daß von „einer momentanen Verirrung, einem Jornausbruch bei augenblicklich getrübttem Bewußtsein“ bei uns keine Rede sein kann, das wird jetzt auch die „Frankfurter Zeitung“ selbst einsehen — in dieser Ueberzeugung unterlassen wir es, unserer „Freundin“ in ihrer Sprache zu antworten.

Daß die sozialdemokratische Partei nicht insgesammt von der gleichen Meinung, wie der Verfasser des Leitartikels: „Nieder mit der Republik!“ erfüllt ist, wissen wir; wir haben den uns eingesandten — sehr geringfügigen — abweichenden Ansichten ja im „Vorwärts“ gern Raum gewährt. Unsere Partei hat auch Raum für verschiedene abweichende Ansichten innerhalb der Parteiprinzipien, wir sind Demokraten ohne Gänsefüßchen, aber das erklären wir hiermit der „Frankfurter Zeitung“:

In ganz Deutschland giebt es nicht einen Sozialdemokraten, der mit den in ihrem Leitartikel ausgesprochenen Ansichten einverstanden ist; sollten sich Leute finden oder gefunden haben, die es doch sind und sich Sozialdemokraten nennen — nun, so nennen sich dieselben eben nur so, sie sind es aber nicht!

Und wenn es der „Frankfurter Zeitung“ gelungen ist, solche Leute uns durch ihren Leitartikel „abzufangen“, so gratuliren wir ihr zu diesem Fange recht herzlich; wir können keinerlei Halbheiten in unserer Partei dulden, wir können keine „Demokraten“ mit Gänsefüßchen, sondern nur Sozialdemokraten gebrauchen.

Was die „Frankfurter Zeitung“ Gutes wirkt in ihrer oppositionellen Stellung, haben wir immer anerkannt und werden es auch ferner thun; auch haben wir ihr in der vorliegenden Frage keine Rathschläge ertheilt oder Vorschriften gemacht, wir hielten ihre Stellung für völlig correct von ihrem Parteistandpunkte aus betrachtet, deshalb aber waren ihre Schulmeisteri, ihr hochfahrendes Wesen und, gelinde ausgedrückt, ihre thränenreichen Ermahnungen an den „verlorenen Sohn“ durchaus nicht am Plage — wir kennen unsere Partei besser und wissen auch besser, als die Frankfurterin, was Demokratie ist.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Unsere Rubelpresse hatte über die colossale Macht des humanen Rußland und die bemitleidenswerthe Hinfälligkeit der barbarischen Türkei so viel und so lange gelogen, daß sie es zuletzt selbst glaubte, und nun, wo das Vagenney zerrissen ist und harte Realität des vollständigen russischen Fiasco unaufhaltsam hervorbricht, geradezu lächerlich konsternirt dasteht. Die beste russische Armee, die kausassische, 130,000 Mann, zersprengt, ein Drittel getödtet, verwundet, gefangen, kampfunfähig gemacht, der Rest hinter die russischen Festungswälle zurückgejagt — die russische Donau-Armee noch immer festgenagelt an der Donau oder in deren Nähe, unfähig sich rasch vorwärts zu bewegen, miserabel verpflegt, Spießbuden in der Verwaltung, kaiserliche Prinzen, die nie den geringsten Beweis militärischen Talents gegeben, mit Commandos ausgestattet; und dem gegenüber die durch die Siege in Asien und Montenegro (welch letztere die Rubelpresse hartnäckig in Niederlagen umzulügen sucht) begeisterte türkische Armee, mit dem gewaltigen Festungsviereck Rasthuk-Silistria-Warna-Schumla als Stützpunkt und dem Ballan als zweiter, durch Natur und Kunst fast unüberwindlich gemachten Verteidigungslinie im Rücken — das ist allerdings für die Russen eine sehr fatale Situation. Verlieren die über die Donau gerückten Armeetheile eine Schlacht, so schweben sie in der größten Gefahr, abgeschnitten und militärisch vernichtet zu werden, während die türkische Armee für den Fall einer Niederlage im Festungsviereck und am Ballan Schutz findet.

Was das Fiasco der Russen um so blamabler macht, ist der notorische Umstand, daß sie seit Jahren sich auf diesen Krieg vorbereitet und sich vor und bei Ausbruch desselben alle möglichen Vortheile gesichert hatten, welche durch gewissenlose Hinterlist, durch Hintanziehung von Treu und Glauben, durch freche Verletzung des Völkerrechts ersichlichen werden konnten. Es ist z. B. constatirt, daß sie den Bruch drei Tage vor der Kriegserklärung überschritten und sich in den Besitz militärisch wichtiger Punkte gesetzt haben, während andererseits die Türkei, weil sie barbarisch genug ist, Verträge zu achten, aus Vertragstreue von der durch das militärische Interesse gebotenen Beilegung des linken (rumänischen) Donauarmes abstand.

Und doch jetzt in der Sackgasse, so daß ein österreichisches Regierungsblatt schon die Mittel und Wege bespricht, um dem verunglückten Eroberer eine „goldene Brücke“ zu bauen.

So weit ist es nun freilich noch nicht. Die Demüthigung Rußlands ist zu tief, sein ganzes Ansehen zu sehr erschüttert, die verhasste Türkei in zu günstiger Position, als daß Rußland eine Friedensvermittlung annehmen könnte. Es wäre das gleichbedeutend mit der Abdankung als Großmacht.

Aber wie aus der Sackgasse kommen? Das ist die Frage. „Den Ballan durch Serbien hindurch umgehen“ das war ein Plan. Flugs ging man ans Werk. Und leise. Denn Oestreich stand auf der Lauer, es hatte kategorisch die Neutralität Serbiens gefordert. Der Brand kam ihm zu nah ans eigene Haus. „Serbien soll neutral bleiben, wir verbürgen es; wir wollen bloß durchmarschiren.“ Das ist die neueste Phase des Plans, der das Eingeständniß Rußlands enthält, daß es sich nicht stark genug fühlte, den türkischen Stier bei den Hörnern zu nehmen. Oestreich soll auch in dieser Form den Plan für „unmöglich“ erklärt haben.

Und wenn sich dies bestätigt, was dann? Je nun, dann







Dernburg, nimm ein Fläschchen mit Salmiakgeist zur Hand gar kein — stehendes Heer brauchen, daß auch in den Grenzdistrikten die Bürgermiliz vollständig genügt, kam die Frage in dem neuen amerikanischen Kabinett zur Sprache, und — es ist unerhört, aber leider wahr! — mehrere Minister stimmten für (Fritzchen Dernburg, rasiert die Nase aus Fläschchen!) Abschaffung des stehenden Heers, und um Ein Haar wäre der hoch- und landesverrätherische Antrag im Ministerrat durchgegangen. Bloß durch eine oder zwei Stimmen Majorität wurde „das einzig wahre und sichere Staatsfundament“ gerettet. Aber ach! es ist nur eine Salgenfrist, und wer weiß, wenn dieses selbstmörderische Attentat wiederholt wird, und zwar mit besserem Erfolg. (Gott sei Dank, seufzt Fritzchen Dernburg, der sich inzwischen von seinem Ohnmachtsanfall erholt hat, Gott sei Dank, wir im strammen Kasernenland sind doch bessere Menschen, als die Barbaren dort drüben im „Freiheitsstall“, bewohnt von „Gleichheitssejeln“!)

— Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wird es eine Zeit lang still sein, da die Niederlage der Russen eine so gründliche ist, daß sie einiger Zeit bedürfen, ehe sie die Operationen wieder aufnehmen können; und auf dem europäischen Kriegsschauplatz ist nun auch eine, freilich kürzere, Pause eingetreten. Diese momentane Stille wird von der Rubelpresse dazu benutzt, den Eindruck des russischen Fiaskos durch unverschämteste Lügen womöglich etwas zu verwischen. Ein geschlagener russischer General läuft an einer türkischen Festung (Bajazid) vorbei und entgeht mit knapper Noth der Gefangenschaft: großer russischer Sieg! ein russischer Soldat mit ein paar „Insurgenten“ überfällt in der Herzegovina einen türkischen Soldaten — großer Sieg über die Türken; Suleiman Pascha, der nach dem Zeugnis aller Militärs in dem Feldzug gegen Montenegro wahrhaft glänzendes geleistet hat, marschirt, nachdem er seine Aufgabe erfüllt und das montenegrinische Raubnest nicht „bestigt“, sondern zermalmt hat, den Russen entgegen, das heißt dahin, wo sein Platz ist — großer Triumph der „unüberwindlichen Söhne der Schwarzen Berge“; die türkische Armee ist so geschwächt, daß sie freiwillig abziehen und den montenegrinischen „Siegern“ das Feld überlassen muß. So wird gelogen, und so wird (für gutes Geld) weiter gelogen werden, bis die Thatsachen wieder reden. Also sehe man sich die „russischen Siege“, die jetzt wie die Brombeeren wachsen werden, genau an.

— Abdul Kerim Pascha, Cunctator (d. h. Zauderer), macht seinem Namen alle Ehre, ohne aber, wie der alte Fabius Cunctator, seinem Lande Ehre zu machen. Daß er die Russen ohne besondern Widerstand über die Donau gelassen hat, wollen wir entschuldigen, weil er die ganze Donaulänge nicht besetzen konnte, ohne seine Kräfte zu versplittern; auch hieß es immer, die Russen seien wie in einem Sack gefangen: auf der linken Seite das Festungsviereck, auf der rechten Serbien und ein Theil des Balkans und vor sich das hohe Balkangebirge — ohne eine siegreiche Schlacht, welche aber die Türken schlagen konnten an günstigster Stelle, konnten die Russen sich nicht entwickeln und würden, wenn sie noch lange so „angenagelt“ geblieben wären, durch Mangel an Lebensmitteln gezwungen worden sein, den Rückzug über die Donau anzutreten — ohne Schwertschlag. Da plötzlich ertönt die Kunde, daß 18 russische Bataillone in der Nacht vom 13. zum 14. Juli die Schlipapasse des Balkan ohne Schuß passiert hätten und somit der Sack geöffnet wäre. Beruht diese Kunde auf Wahrheit, so ist Abdul Kerim Pascha nicht mehr ein Zauderer, sondern ein Verräther oder ein Gefel. — Der Fall von Nikopolis, der gleichfalls gemeldet wird, war voranzugehen und hat geringere Bedeutung — die Besatzung hat sich löwenmüthig geschlagen und ist dann abgezogen.

— Eine „Berichtigung“. In Nr. 73 des „Vorwärts“ brachten wir unter: Frankfurt a. M. folgende Notiz: „Das hiesige Appellationsgericht hat in der im „Vorwärts“ bereits erwähnten Privatklage des Schriftstellers Mehring in Berlin wider den Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, Sonnemann, wegen der Verächtlichmachung, daß der Letztere dem Ersteren Verleumdung und Erpressungsversuch vorgeworfen habe, unter theilweiser Abänderung der Motive, die in der ersten Instanz ausgesprochene Freisprechung Sonnemanns bestätigt. Die seitens Mehring's beantragte Wiederaufnahme des Beweisverfahrens wurde abgelehnt und Mehring in die Kosten verurtheilt.“

Diese Notiz gab Herrn Mehring Anlaß, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme einer „Berichtigung“ zu verlangen, in welcher er es für „unwahr“ erklärt, daß das Herrn Sonnemann freisprechende Erkenntnis der ersten Instanz von dem Appellationsgericht bestätigt worden sei. Die Veröffentlichung der „Berichtigung“ wurde von uns im Briefkasten der Nr. 81 mit folgenden Worten abgelehnt:

„Herrn Franz Mehring in Berlin. Wir werden Ihre „Berichten, zufrieden sind. Könnte der „brave Ordnungsmann“ Victor Böhmert in Dresden darauf vielleicht Antwort ertheilen?“

— „Sicherheits-Couvertis“. Etwas für Hrn. Stephan. Wir lesen in den Zeitungen: „Kürzlich ist in New-York eine Erfindung gemacht worden, welche gegen das Öffnen von Briefen auf der Post gerichtet ist. Man verläßt nämlich sogenannte „Sicherheits-Couvertis“ (Safety Envelopes), welche auf den einzelnen Theilen der Rückseite, mit Chemikalien bedruckt, die Worte enthalten: „Attempt to open“ (Versucht zu öffnen). Die Chemikalien werden für den Druck in zwei Abtheilungen angewendet. Zuerst erfolgt der Druck mit Galläpfeln, dann mit grünem Vitriol. Aber dieser Druck ist unsichtbar und erst wenn man versucht, das Couvert mittelst Dampf oder irgend einer Anfeuchtung zu öffnen, dann wird der magische Druck sichtbar und der Versuch des Öffnens ist verrathen.“

Vielleicht führt Herr Stephan, dem ja die Heiligkeit des Briefgeheimnisses so sehr am Herzen liegt, diese Briefcouverts in Deutschland ein. Freilich die ehrenscheuere Kunst der Herren Postmeister würde sich darüber nicht sonderlich grämen, denn die Briefe, deren Eröffnung verrätherische Spuren hinterlassen hat, kann man ja einfach — verloren gehen lassen.

— Weiter. In der „Nationalzeitung“ vom 11. d. Mts. findet sich über den „Kulturkampf in Rußland“ ein Artikel, welcher die abscheulichen Verfolgungen aller nicht orthodoxen russischen Unterthanen bitterlich beklagt (daß diese brutalen Verfolgungen als „Kulturkampf“ bezeichnet werden, ist eine sehr unwillkürliche Reichthümlichkeit) und schließlich, angesichts der Befreiungsmission, die Rußland jetzt im Orient übernommen, „Glaubens- und Gewissensfreiheit in Rußland“ ersticht. Freilich Dernburg als Marquis Posa vor den Bestallungen der polnischen Historiker, der Bombardierung von Hospizien, der Einschüchterung friedlicher Städte, der Niedermetzelung von Gefangenen und unbewaffneter Bürger, der Schändung von Weibern, der Kriegsführung à la Thomas. Wahrlich ein Schauspiel für Götter!

„Berichtigung“ in Bezug auf Ihren Prozeß contra Sonnemann nicht aufnehmen, weil wir das, was Sie angeblich berichtigen, gar nicht geschrieben haben — es steht nicht im „Vorwärts“, daß das Appellationsgericht zu F. „das freisprechende Erkenntnis erster Instanz bestätigt habe“, wohl aber, daß die Freisprechung Sonnemanns unter theilweiser Abänderung der Motive bestätigt worden sei. — Im Uebrigen halten wir es dem „guten Tone“ entsprechend, daß man „Berichtigungen“ an Redaktionen mindestens auf ein „anständiges“ Blatt Papier — nicht auf ein schmutziges — schreibt.“

Flugs fandte uns Herr Mehring eine zweite „Berichtigung“ zu, der wir hier Raum gewähren wollen. Herr Mehring „berichtigt“ also:

„Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes verlange ich die Aufnahme der thatsächlichen Berichtigung, daß die in Nr. 73 des „Vorwärts“ gebrachte und in Nr. 81 desselben Blattes wiederholte Behauptung, daß das Appellationsgericht zu Frankfurt a. M. in meinem Prozesse gegen Sonnemann die in erster Instanz ausgesprochene Freisprechung des Beklagten bestätigt habe, unwahr ist.“

Berlin, 13. Juli 77. Franz Mehring.  
Wes Geistes Kind diese „Berichtigung“ aber ist, das mögen unsere Leser aus den folgenden Zeilen ersehen, die wir einem Schreiben, welches der mitbeteiligte Herr Sonnemann auf unsere Anfrage an uns richtete, entnehmen:

„Das Appellationsgericht erklärte, daß ich aus dem von Mehring an die Redaktion gerichteten Briefe Grund gehabt hätte anzunehmen, daß ein Erpressungsversuch beabsichtigt sei. Das Wort notorischer Verleumder bezeichnete das Gericht dagegen als eine einfache Beleidigung, welche durch die Verleumdungen Mehring's hinreichend compensirt sei. Das Urtheil sagt, demnach sei ich straffrei und verurtheilt Mehring in die Kosten.“

Hoffentlich werden unsere Leser die „Berichtigung“ des Herrn Mehring jetzt voll und ganz zu würdigen wissen.

### Correspondenzen.

Mainz, 8. Juli. Heute haben wir hier unseren Oberbürgermeister Karl Wallau zu Grabe geleitet. Karl Wallau war als Buchdrucker 1846 in London Arbeitervereins-Mitglied, seit 1847 war er Präsident des Brüsseler sozialistischen Arbeitervereins und Mitglied des communistischen Bundes; thätig war er als solches bis Mitte 1848; dann trieb es ihm nach rechts, bis er durch Gunt und Glad es dahin gebracht, als reicher Mann zum Oberbürgermeister ernannt zu werden.

Brussel, 11. Juli. Endlich haben wir es zu Stande gebracht, daß auch am hiesigen Orte eine sozialistische Versammlung stattfinden konnte. Schon zweimal wurden Versuche gemacht, eine solche zu Stande zu bringen, beidemal jedoch ohne Erfolg, da jedesmal nach stattgehabter Versammlungsanzeige der Lokalbesten so stark beeinträchtigt wurde, daß er nachträglich seine Zusage zurückzog. Diesmal jedoch gelang es einigen Parteimitgliedern, das Vorurtheil zu brechen und den Wirth zur Ueberlassung des Lokals zu bestimmen, und so referirte am Montag Herr Dreßbach über „die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ und erledigte sein Thema so meisterhaft, daß die auch seitens der Bourgeoisie überaus zahlreich besuchte „Arbeiterversammlung“ (das geräumige Lokal war gepropft voll und noch von Hunderten umlagert) ihm die Anerkennung nicht versagen konnte, wie nämlich die neue „Brüsseler Zeitung“ schreibt. Die „Kreidgauer Zeitung“, welche im Bekämpfen und Verleumdungen der Sozialdemokratie schon so Erkleckliches geleistet, zog es vor, über diese Versammlung — beschämt? — zu schweigen. Schließlich fanden mehrere Aufnahmen in die neugegründete Mitgliedschaft statt. Hoffen wir, daß bald mehrere Versammlungen folgen werden, damit auch hier sich die Sozialdemokratie mehr und mehr Bahn bricht.

Frankfurt a. M., 15. Juli. (Die „Demokratie“, wie sie scheint und wie sie ist.) Ein jeder ABC-Schütze des Sozialismus wird uns, wenn wir ihm die Frage vorlegen: durch was unterscheidet sich der Sozialismus von der bürgerlichen Demokratie? antworten: Das Streben der Demokratie gipfelt in einer Republik mit möglichst freier politischer Staatseinrichtung, während die Sozialdemokratie „die politische Freiheit ohne soziale Gleichheit für ein Ding der Unmöglichkeit hält!“ — Es ist nun einmal eine nicht abzuleugnende Thatsache, daß derjenige, welcher seine traurige soziale Lage begriffen hat, das Streben nach Vervollkommenung des Wissens für seine erste Pflicht hält. Dieses Streben lehrt ihn logisch denken und urtheilen über gesellschaftliche Organismen, welche er vielleicht früher für ein feststehendes Naturgesetz gehalten haben mag. — In meiner Unterscheidung zwischen Demokratie und Sozialdemokratie sollte aber ein Zwischenfall mich in einigen Zweifel bringen. Die Wogen vor der Wahl am 10. Januar 1877 schlugen hoch. Wie ja bekannt sein dürfte, hatten wir hier in Frankfurt bei der Wahlkampagne ein kunstgerechtes politisches Quartett. Nationalliberale, Fortschrittler, Demokraten, Sozialisten und zum Ueberflus auch Ultramontane rüsteten sich, Herrschaft zu halten. Schon glaubte man allgemein, der Nationalliberalismus würde mit dem Fortschritt Arm in Arm vereint sein Jahrhundert in die Schranken rufen, da hatte eines schönen Tages der gemeinschaftlich aufgestellte Candidat das Malheur, sich zu der Abends im Fortschrittsclub zu haltenden Rede das Konzept von den Nationalliberalen zu holen vergessen. Dieser Frevler mußte gerochen werden. — In öffentlichen Versammlungen mit anderen Parteien ihre Bestrebungen zu diskutieren und klarzulegen, dazu hatten die Liberalen durchaus keine Ursache. Weiß es doch jedes Kind, daß das jetzige „glorreiche Deutschland“ das ureigenste Werk des Liberalismus ist, und daß es deshalb so ruhig schlafen kann, weil es sich nach innen und außen durch das stehende Heer geschützt weiß. Freilich in geschlossenen und verschlossenen Versammlungen ließen sie sich's nicht nehmen, den Beweis zu liefern, daß sie nach Duzenden ihre Redner zählen könnten, welche es verstanden, in gewählten und ungewählten Ausdrücken ihr Mißfallen über die destruktiven Tendenzen der Sozialisten vorzutragen. Und wer will es den beschränkten und mit Glacéhandschuhen ausgestatteten „Volksgenossen“ da verargen, daß sie sich von den nach Petroleum duftenden Proletariern fernhielten? Die Demokraten dagegen handelten anders. Sie zogen während der Dauer der Wahlkampagne ihre Glacéhandschuhe aus und griffen mit bloßen Händen zu. Die Gelegenheit war günstig, mit der Demokratie so manches Blauehrständchen zu verbringen. Gleich zu Anfang der Versammlung zeigte es sich, daß (um mit der „Frankfurter Zeitung“ zu reden) „das gute Stück Wegs, auf dem wir zusammengehen“, von vornherein noch einen kleinen Fußsteig für die Demokraten hat. Kurz und gut, die Sozialisten konnten oder wollten es nicht begreifen, daß es der demokratischen Idee entspräche, wenn bei Eröffnung der Versammlung das leitende Bureau schon fit und fertig sei. Sie meinten, dies habe wohl seine Berechtigung in einer Versammlung, welche lediglich Partei-

versammlung sei (z. B. im demokratischen Vereine, wo ein Andersdenkender sich als Gast zu betrachten habe); in einer öffentlichen Volksversammlung sei dies anders, da müsse Gleichberechtigung herrschen. Ein solches Verfahren kann man undemokratisch finden. Warum denn nicht? Die verwünschte mangelhafte Schulbildung der Sozialisten! — In einer dieser Versammlungen geschah es denn auch, daß dem von demokratischer Seite aufgestellten Candidaten die direkte Frage vorgelegt wurde: „Ob er das ehrene ökonomische Vohngesetz anerkenne?“ Meine Ohren hörten ein lafonisches „Ja!“ Aus den weiteren Auseinandersetzungen, welche mir allerdings etwas unklar vorkamen und mich lebhaft an die Rage und den heißen Drei erinnerten, konnte ich wenigstens so viel entnehmen, daß auch sie sich lebhaft mit der Lösung der sozialen Frage beschäftigten. Einer der hervorragendsten „Blauen“ meinte, der Unterschied sei nur der, daß sie eine organische Entwicklung anstrebten und nicht, wie wir, mit den Köpfen durch die Wand wollten. Wieder also eine Begriffsverwirrung über den Sozialismus, indem wir uns bis jetzt einbildeten, eine solche organische Entwicklung anzustreben! Ich glaube immer, daß wenn man sich die Frage vorlegte: „Sind die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse dazu angethan, daß du als Mensch menschenwürdig leben kannst?“ daß man dieselbe mit Nein beantworten müßte und daß man sich dann einer Partei anzuschließen habe, die mit nicht mißzuverstehender Klarheit ihr Ziel verfolgt, nämlich: „Umänderung der jetzigen Produktionsform.“ Aber viele Demokraten denken und handeln nicht so consequent, weil ihnen die heutige Gesellschaftsform lieb ist. Sie gehören ja auch zu den Auserwählten, denen diese Gesellschaftsform Vorrechte und Privilegien einräumt, die ihnen nimmermehr der von den Sozialisten erstrebte, auf Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit basirte Staat bieten kann.

Entweder für oder gegen — was dazwischen liegt ist vom Uebel!

Als ich mich nun mit ähnlichen Anschauungen zur Genüge gequält, kam ich auf den Gedanken, nachzuforschen, wie denn eigentlich die Demokraten im praktischen Leben das Streben nach Besserstellung des Looses der Arbeiter zu handhaben verstanden. Es konnte mir nicht schwer werden, auf der Suche im Lager der „Volkspartei“ oder — wie der „Vorwärts“ im ersten Artikel die „Roten wider die Blauen“ treffend bemerkt — der „Partei der Frankfurter Zeitung“ mir Genüßigkeit zu verschaffen. Ich fing bei der Spitze an. Der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“ hatte ja ein eigenes Geschäft, eine Buchdruckerei, da konnte ich ja durch praktische Anschauungen meinen theoretischen Combinationen am Besten zu Hilfe kommen. Auch fiel mir hierbei gleichzeitig ein, daß früher einmal unser weiland alter Freund, der „Volkstaat“ nicht umhin konnte, genanntem Herrn über dessen Arbeiterfreundlichkeit ein kleines Loblied zu singen. (?) Die Volkstast hörte ich wohl, allein mir fehlte der Glaube. Wenn ich nicht irre, handelte es sich damals darum, daß abwechselnd einige Arbeiter aus der Druckerei der „Frankfurter Zeitung“ ohne Abzug des Lohnes Urlaub zu einer Erholungs- oder Badereise erhalten sollte! Laut und feierlich wurde dies im Geschäft verkündet, aber — bis jetzt weiß noch Niemand etwas von einer solchen Reise zu erzählen! — Als man vor einigen Jahren in der sozialen Quadratur ein von einem englischen Nationalökonom entdecktes Kräutchen zur Linderung der Uebelstände unter dem Titel „Partnership“ anpries und einige liberale Bourgeois nach diesem kostbaren Palliativmittelchen gleich gierigen Hechten nach dem Angelhaken schnappten, da blieb man auch nicht zurück. Es wurde eine Sparrasse gegründet und wöchentlich jedem Gehilfen 2 Mark abgezogen, welchem bei Jahresabschluss ein Geschäftsgewinn zufließt. Um aber hieran partizipiren zu können, muß der Sparer beim Jahresabschluss noch im Geschäft stehen, d. h. also, wenn ein Gehilfe nur vom 15. Januar bis 18. November oder Dezember im Geschäft arbeitet, erhält er nichts; ist er am 18. November 1876 eingetreten und verläßt kommenden Jahres selbigen Datums das Geschäft, so erhält er Lantidime vom 18. November 1876 bis Ende Dezember, für die anderen dreiviertel Jahre aber nichts. Daß nun verschiedene dieses Glades nicht theilhaft werden, daran soll die nichts weniger als lebenswürdige Behandlung des Faktors Schuld tragen und soll derselbe stets mit den Anstandsregeln in Conflit liegen. Wir möchten ihm hiermit Knigge's Buch „Umgang mit Menschen“ empfohlen halten. Das Bevorzugen einzelner „Trennen“ ist dort wie kaum in einem anderen Geschäft ausgeprägt. Die Druckerei war früher von dem deutschen Buchdruckerverband wegen Tarifverletzung geschlossen. Obgleich sie jetzt wieder geöffnet, sollen die Sezer, falls sie sich auf den Tarif berufen, nicht selten die Antwort erhalten: „Ach, was geht mich der Tarif an.“ — Man führt Neuerungen im Wesen der Zeitung ein, man bietet dem Leser einen teleg. Reichstagsbericht und eine teleg. Berliner Rundschau, wälzt aber einen guten Theil des Kostenbetrags auf die Schultern der Arbeiter ab, indem man ihnen die durch den Tarif bedingte Nachtentschädigung ganz einfach zu zahlen verweigert! Ja es ist sogar vorgekommen, daß man bei Aufnahme eines Sezers an seiner sozialdemokratischen Gesinnung Anstoß genommen hat! Doch genug davon, es wäre Raumerfüllung, wollten wir noch weiter darüber reden. Rein Zwoed war erreicht, ich bin mir jetzt klar, was es mit dem Vorgeben der Demokratie, das Wohl des Arbeiterhandes zu fördern, für eine Bewandniß hat. Der Conservative, Liberale und auch der Demokrat sind Arbeiterfreunde bis an den — Geldbeutel! Wir haben von keiner Partei etwas zu hoffen und klar und deutlich sagt unser Programm: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind!“

(Wir müssen die Vertretung der Wahrheit der in obiger Correspondenz angeführten Thatsachen selbstverständlich unserem Herrn Correspondenten überlassen. R. d. B.)

Altenburg, 11. Juli. Gestern Abend tagte hier eine stark besuchte Versammlung im „Rautenfranz“, in welcher Parteigenosse Klute aus Erfurt einen Vortrag über „die soziale Frage“ hielt. Redner führte unter Zugrundelegung des Punkt 1 unseres Programms aus, wodurch und wie die Bereicherung Einzelner stattfindet, nämlich dadurch, daß die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse seien. Redner erdortete weiter in klaren Worten, auf welchem Wege die heutigen ökonomischen Verhältnisse und die aus ihnen resultirende Benachtheiligung der Arbeiter zu beseitigen seien. Nach Beendigung des Vortrages, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, meldeten sich mehrere Gegner zur Interpellation. Es ist uns nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Der erste Gegner, Herr Advokat Hase, erklärte, daß er heute, wie früher, nicht die Ueberzeugung gewonnen hätte, wie die Sozialisten den Zukunftsstaat „einrichten“ wollten. Je länger und je mehr er den Sozialismus studire, desto unverständlicher würde ihm die Sache; dunkler wie früher sei ihm jetzt die Einrichtung des Zukunftsstaats. Klute erwidert, daß es nicht seine, resp. nicht die Schuld der verlassenen Sozialisten sei, wenn es Herrn Hase immer dunkler vor den Augen würde; er wolle nicht untersuchen, aus welchen Mo-



Einmal des Sozialismus mit von Wagner reden, aber die Fassungsgabe sei verschieden. — Herr Wagner, der dann seitens der Liberalen sprach, wiederholte vielfach, was sein „Besinnungsgehilfe“ bereits behandelt hatte, und bedarf dies keiner näheren Erörterung. — Herr Papierfabrikant Wohlfarth kann den Sozialismus nicht billigen und will, „so lange die Verhältnisse in Altenburg sich nicht ändern“, nicht Sozialist werden. Klute erklärt, daß die Sozialisten auch gern darauf Verzicht leisten. — Herr Berginspektor Wohlfarth will einen Artikel des „Vorwärts“ „kritikieren“, weil darin die Altersversorgungskassen als nicht empfehlenswerth bezeichnet werden, und dennoch sei das die „richtige Lösung der sozialen Frage“. Alles Andere sei „Wußt“. Klute antwortet nach Gebühr. — Unsererseits beteiligten sich noch Brunwald, Müller und Risch an der Debatte. Die Versammlung, welche trotz des vielen liberalen Rohls, welcher ihr vorgelegt wurde, eine ruhige und würdige Haltung bewahrte, wurde um 12 Uhr geschlossen. Wir sind überzeugt, daß auch diese Versammlung zu Förderung unserer Sache wesentlich beigetragen hat.

**Leisnig, 4. Juli.** Auf unsern Bericht in Nr. 72 des „Vorwärts“ hat Herr Dr. Specht eine „Berichtigung“ (in Nr. 77) erlassen, die für den geübten Leser einfach keine solche ist. Er geht mit einigen Umschweifen zu, daß er das für das Württemberg-Denkmal gesammelte Geld in seiner Verwaltung behalten wolle, weil unser Verein inzwischen sozialistische Tendenzen angenommen habe und Württemberg nicht Sozialist gewesen sei. Damit ist eigentlich alles gesagt, doch müssen wir auch die einzelnen „Berichtigungen“ zurückschicken und zwar der Kürze wegen nummeriert. 1) Herr Specht hat sich allerdings auf dem Congreß 1876 in Gotha zur Sozialdemokratie bekannt; die Quelle aus der wir schöpfen ist rein; 2) daß uns Herr Specht den Vorwurf sozialistischer Tendenz gemacht hat, dafür haben wir von ihm Briefe als Beweise, die wir beifügen würden, wenn wir sie nicht an „Klemm's Blätter für geistigen Fortschritt“ zur Veröffentlichung der Sache gesandt hätten. 3) Es ist richtig, daß wir unsere freireligiöse Gemeinde erst nach dem Tod Württemberg's und infolge eines Vortrags Klemm's in einen „Verein für geistigen Fortschritt“ umwandeln, allein dies geschah, weil wir fühlten, daß wir als Sozialisten besseres zu thun haben, als uns mit freireligiösen Schranken die Zeit zu vertreiben; es geschah die Umwandlung aber noch zu Lebzeiten Richters und nicht erst als er gestorben war, wie Herr Specht es darstellt. Richter war ein 70jähriger Greis und nicht so leicht für den Sozialismus zu gewinnen. Richter starb als Sozialdemokrat und Klemm hielt ihm eine sozial-politisch-atheistische Leichenrede. Der Verein hieß aber damals längst schon so wie heute und Richter hat selbst die Umwandlung betrieben. 4) Es ist zwar richtig, daß wir erst nach Richters Tode den Beschluß faßten, die Denkmal-Angelegenheit wieder selbst in die Hand zu nehmen, aber was will das sagen? nichts weiter, als daß wir zu Richter soviel Vertrauen besaßen, daß wir in einem Comite, dem er angehörte, die Sache gut bewahrt wußten, nach seinem Hinscheiden aber unsere ursprüngliche Rechte geltend machten. 5) Richtig ist, daß Herr Specht den Aufruf abgefaßt und sonst „Schreibereien“ gehabt hat, aber wenn er glaubt, daß das Recht erlaubt zu haben, die gesammelten Gelder als seiner Verfügung unterstehend zu betrachten, so irrt er sich. Ist es nicht präventiv, wenn eine einzelne Person uns ihren Geschmack und ihr persönliches Dispositionsrecht in Angelegenheiten aufdringt, die öffentliche Vereinsangelegenheiten sind. Wir sind freilich anderer Meinung und werden eventuell diese gerichtlich geltend machen, denn wir besitzen eine Aufschrift von Herrn Specht, in welcher er uns „in den nächsten Tagen“ Zahlung verspricht. 6) In einem sehr großen Irrthum befindet sich aber Herr Specht, wenn er meint, die Denkmals-Gelder seien bloß von Abonnenten der „Freien Blätter“ aufgebracht worden, um daher als Redakteur derselben Anrechte auf das Geld geltend zu machen. Wir müssen daran erinnern, daß jener Aufruf damals in fast alle sozialdemokratischen und viele andere Blätter überging und daß demnach der Fond einen allgemeinen Charakter hat. Selbst in Amerika ist gesammelt (wir wissen aber leider nicht, ob das Geld schon abgeliefert) worden. 7) Ueber Württemberg's politische Anschauungen bedarf keiner Auseinandersetzung; Jung und Alt kennt sie. Württemberg hatte Alles, was ein Sozialdemokrat (ideal genommen) braucht, bis auf die Parteifarte. Sollen wir erinnern daran, daß man im Jahre 1849 den edlen Württemberg mitten aus seiner versammelten Gemeinde von der Kanzel riß und unter starker Eskorte in 1 1/2-jährige Untersuchungshaft brachte, nach welcher ihm das Urtheil auf 3 Jahre Zuchthaus ersten Grades verkündet wurde, weil er die Freiheitskämpfer vor ihrem Zuge nach Dresden gesegnet hatte? Wir denken Württemberg hat mindestens „seiner Zeit“ genug gethan. Wir haben auch nichts einzuwenden, wenn Herr Specht die Errichtung eines Denkmals einen Akt der Pietät nennt, aber sollen wir etwa zur Ausübung solcher Akte unfähig geworden sein, seitdem wir geistige Fortschritte gemacht, d. h. außer dem religiösen auch den politischen und ökonomischen Uberglauben abgelegt haben? Soll diese Fähigkeit etwa dem Urtheil des einzelnen Herrn Specht unterstehen, der, wie er sagt, jetzt zu keiner Partei gehört? Herr Specht schreibt selbst, er wüßte nicht, wie Herr Advokat Fiedert dazu gekommen ist, gerade ihm (Specht) das gesammelte Geld zu übersenden. Nun er es aber in Händen hat, will er seine Dispositionsrechte durch allerhand Hinfälligkeiten motiviren — wir sagen noch einmal, daß dieses Recht Herrn Specht mangelt und daß er es nicht begründen kann damit, daß er „Schreibereien“ gehabt und den Aufruf in den von ihm redigirten Blättern aufgenommen hat. Im übrigen enthält die Antwort des Herrn Specht nur Widersprüche, auf die wir nicht besonders eingehen. Nur auf einen Punkt wollen wir aufmerksam machen; es heißt erst, daß Herr Specht die Sammlung nur in Verwahrung halten wolle, weil sie a) noch nicht abgeschlossen sei, und weil er b) den Vorstand unseres Vereins noch nicht kannte. Trotzdem steht dicht darunter, daß er (Specht) allein handeln wolle, wenn sich der Verein in Leisnig nicht entschließen kann, die Erlaubniß (!) und Genehmigung (denn weiter heißt das nichts) des Herrn Specht zu den Plänen, Entwürfen, der Person des Bildhauers u. einzuholen. Wir halten dergleichen Absichten für sehr anmaßliche und sind nicht der Meinung, daß die Spender des Geldes die Verwaltung desselben in eine einzige Hand nach Gotha haben geben und sich von dort aus den Geschmack für Leisnig's Monumente von dieser einen Person haben wollen ausdrängen lassen. Die Sammlung gehört in unsere Verwaltung, denn unser Verein ist der Verein der persönlichen Freunde und Gesinnungsgenossen Württemberg's. R.

(Wir werden nun noch Herrn Dr. Specht das Wort zur Entgegnung geben, falls er es wünschen sollte, und halten die Angelegenheit dann für den „Vorwärts“ für erledigt. Redaktion des „Vorwärts“.)

**Leisnig.** Auf die von Leipziger Studirenden an Dr. Dühring gerichtete Adresse hat derselbe mit folgenden Worten geantwortet: „An die Studirenden der Leipziger Universität. Allen Unterzeichneten der mir zugestellten Sympathieadresse sage

namung, die sich darin niedergelegt hat. Auf die mir im Rahmen der Unterzeichner zugekommene Anfrage nach den Gründen meiner inzwischen nunmehr wirklich erfolgten Entfernung von der Berliner Universität kann ich nur erwidern, daß sich das an mich gerichtete ministerielle Anschreiben auf den Antrag der Fakultät beruht und auf Grund der bekannten beiden Schriften, nämlich der Geschichte der Principien der Mechanik und des Weges zur höhern Berufsbildung der Frauen, sowie speziell von ebenfalls schon bekannten Stellen aus diesen beiden Schriften die Fakultätsentscheidung bestätigt hat. Draufsch ausgebrocht, sind die beiden Hauptgründe meiner Befreiung folgende: Erstens lehre ich andere Götter als die Kunst und der Staat, also beispielsweise Robert Mayer anstatt Hrn. Helmholtz. Zweitens verwerde ich die studirende Jugend, indem ich sie anleite, die wahren von den falschen Autoritäten und das natürliche Ansehen von dem künstlich gemachten zu unterscheiden. Ohne das Erstarken der Bewegung unter den Studirenden, in welchem man erst recht die Früchte jenes meines verderblichen Einflusses auf die Jugend zu erkennen glaubte, möchte, soweit ich unterrichtet bin, vielleicht von meiner Entfernung Abstand genommen worden sein. Da ich indessen stets die Freiheit der Wissenschaft meinem persönlichen Ergehen vorangestellt habe, so gereicht mir auch diese Wendung zur Genugthuung und wünsche ich auch Ihnen Glück zu Ihrem edeln Bestreben nach wissenschaftlicher Gerechtigkeit und Freiheit.

**Nordhausen.** (Verspätet.) Am 21. Juni hatten wir die Freude, Genosse Klute aus Erfurt in einer ziemlich gut besuchten Volksversammlung zu hören. Die Versammlung war für Nordhausen von Bedeutung, weil sich auch viele Kleinbürger zu derselben eingefunden hatten, die dem sachlich und klugehaltenen Vortrag Klute's über das Thema: „Die Menschenrechte“ bis zum Schluß mit Aufmerksamkeit folgten. Auf den Inhalt des Vortrages will ich nicht eingehen, um den Raum des „Vorwärts“ nicht zu viel in Anspruch zu nehmen. Erwähnt sei nur, daß die Ausführungen Klute's sehr angesprochen haben. Möge es uns vergönnt sein, denselben recht bald wieder zu hören. P.

**Die Parteigenossen und Parteifreunde**  
aller schleswig-holsteinischen Ortschaften, welche die Antihelmsche Zeichnungsformulare ausgegeben haben, werden ersucht, bis spätestens den 25. Juli d. J. die Namen und Vornamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort derjenigen, die Antihelmsche gezeichnet haben, sowie die Zahl der Anttheile, die jeder Einzelne zu übernehmen gedenkt, bei Unterzeichnetem einzuweisen zu wollen; damit die Anttheilscheine ausgefertigt werden können.  
Die constituirende Generalversammlung findet wahrscheinlich am Sonntag, den 5. August, in Iphoe statt, hierüber erfolgt nächstens Bericht. Hoffentlich werden die betreffenden Parteigenossen und Parteifreunde meinem Wunsche im Interesse der Sache bereitwillig nachkommen.  
Im Juli.  
Mit Gruß  
H. Balthar, Altona, Wilhelmstr. 59/III. r.

**Berichtigung.**  
Im Leitartikel der vorigen Nummer ist irrtümlich gesagt, Thiers habe im Senate gegen die Amnestie gestimmt; Thiers ist Deputirter, nicht Senator. Er war zum Senator und zum Deputirten gewählt er zog vor, die letztere Stellung anzunehmen.

**Briefkasten**  
der Redaktion. I. in Bern: Sie wünschen, daß wir dem Berner „Bleibl“ etwas auf die Finger geben? Fällt uns nicht ein. Wir nehmen es bloß bei den Ohren und stellen's unseren Lesern vor, indem wir sein — Geschreibsel abdrucken. Also: „Sehr gut, Ihr Herren Bourgeois-Sozialisten (die aus dem Gothaer Congreß vertretenen deutschen Sozialisten); nur ein wenig — Kühnheit, so wird man in drei Jahren ganz genau wissen, wer Ihr seid, und das Boll wird Euch eines schönen Tags zur Thüre hinauswerfen, um sich der Bourgeois-Schleifflügeln zu entledigen, welche Ihr ihm heimtückisch an die Hüfte schmiedet! — Folgendes sind in wenigen Worten die Konsequenzen, die wir aus dem Congreß von Gotha ziehen können: 1) die deutsche Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, die Kraft zu besitzen, welche man in ihr vermuthet; 2) die 497,000 sogenannte „sozialistische“ Stimmen, welche den Candidaten der Partei gegeben worden, sind erworben worden durch Verleugnung der sozialistischen Principien, durch Verwischen selbst der schwachen revolutionären Färbung, welche die Partei vorher besaß; 3) die Partei birgt in ihrem Schooß eine ungeheure Menge antisozialistischer Bourgeoislemente; 4) die Partei geht unfehlbar einer parlamentarischen Allianz mit den liberalen Bourgeoispartei entgegen und hat thatsächlich schon deren Programm angenommen; 5) es existirt keine sozialistische Partei (die unterfränkisch!) mehr in Deutschland. Die zerstreuten deutschen Sozialisten haben sich erst zu einer sozialistischen Partei zu vereinigen.“ — Bei den letzten Reichstagswahlen haben die „Führer“ „das Boll“ angelogen, ihm falsche Hoffnungen eingefloßt, es angebeten, seine letzten armseligen Heller in die Kassen zu stecken, welche dazu bestimmt sind, einen Candidaten mehr in das Parlament schicken zu können. — Der „Vorwärts“ prahlt chauvinistisch mit dem „großen, freien Deutschland!“ Der Gothaer Congreß war eine „Versammlung chinesischer Doktoren“, für welche die Geschäftsstricks und das Geld, welches in Deutschland wüthet, nicht existirt; die „Erfolge“ der Partei waren nur „Schneierfolge“, Reichstagsmandate sind bloß „Eitelkeitstütel“, unsere ganze Reichstagsfähigkeit ist „eine Enttäuschung“. An anderer Stelle heißt's, daß „sich eine korrupte Bureaucratie“ in unserer Partei gebildet habe, u. s. w. Unsere Leser wissen jetzt, was für ein „Bleibl“ sie vor sich haben — wir lassen es laufen. Wer mehr von ihm wissen, und sich manchmal eine heitere Minute machen will, der lese die Berner „Arbeiterzeitung“, wöchentlich einmal in zwei Quartblättern erscheinendes Organ der einzig „revolutionären“ Sozialisten, der heiteren Sorte, die militärische Spaziergänge mit Steinwollschlingen und ohne Regenschirme macht. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der nicht sozialistische, aber sonst ganz wadere „Freidenker“ in Milwaukee einen deutschen Correspondenten hat, der aber unsere Bewegung sich in ähnlichen Schimpereien ergeht, wie jenes Berner „Bleibl“. „Gezählig des in Gotha abgehaltenen Congreßes der deutschen Communisten, schreibt besagter Correspondent (beiläufig der unglückliche Druhn, der sich für die Verwüstungen, die der „preussische Schnaps“ in seinem Hirn angerichtet hat und noch täglich anrichtet, höchst unlogischer Weise an uns zu rächen sucht), auf dem in den bekannten Beglückungsphrasen viel leeres Stroh gedroschen wurde, haben wir nur eine Lüge des Hrn. Fripsche, der sich stolz einen Schüler von Marx nennt (!), hervor. Besagter Volksbeglücker theilte nämlich mit, die 11 Communisten des Reichstags würden demnach mit den 4 Demokraten des Reichstags zusammen eine Fraktion bilden (was Fripsche natürlich nie gesagt hat, und allerdings eine Lüge ist, aber nicht Fripsche's, sondern des jauberen Correspondenten). — „Reinen Gemeintheindruck“ resumirt er nach dem Bericht eines Gewährsmannes, der angeblich auf dem Congreß gewesen sein soll, „dann ist so zusammenschließen: Große Eitelkeit der Führer; große Unehelmskeit der Passfalleaner und Eisenacher und voraussetzliche Spaltungen. Unklarheit in den weißen Köpfen über die eigentlichen Ziele und besonders über Liebnicht's (!) Pläne (!). Bernachlässigung der sozialen Aufbesserung des Arbeiterstandes, sehr große Ideen (also doch!) von kleinen Männern gepflegt, an deren Ausführbarkeit man selbst nicht glaubt. Und schließlich Stellenjägererei en gros (im Großen).“ Wir können den Schreiber nicht besser bestrafen, als durch Herabhangung seines Postquills. Es ist wahr, Herr Dörfinger, der Redakteur des „Freidenker“, pflügt sich in Klammerbemerkungen (denn ähnliche Ausfälle auf uns bringt jeder

der nicht einverstanden zu sein, der warum sie denn abstrahirt, und überhaupt sich mit einem solchen Gefellen noch länger befassen? Kennt Herr Dörfinger nicht das Sprichwort: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir wer du bist?“

Diejenigen, welche die Adresse des Schmiedegesellen Karl Pohler, gebürtig aus Landed in Schlesien, 26 Jahr alt, angeben können, wollen die Adresse wichtiger Familien-Angelegenheiten halber, an die Expedition der „Wahrheit“, Breslau, einfinden.  
Quittung. B. U. Weimar Div. betr. 1,80 ist gut geb., bleibt Rest 2,15. Hmbrgr Wien Ab. 3,20. Mär Luedlinburg Ab. 3,70. Ost Gotha Ann. 2,10. R. Hm Cöln Ab. 3,80. Krefpsh Dortmund Schr. 4,50. Schr. Frohnau Ab. 8,20. Schr. 2,15. Erwn Lüneburg Ab. 6,00. Schneiderverein hier Ann. 2,10. Bsh hier Ab. 2,40. Ulrsh hier Ab. 80,00. Bhr hier Ab. 0,60. Rttmann Wünnen Ab. 45,00. Ernst Chemnitz Ab. 1,25. Kursh Gainschen Ann. 1,60. W. Ant Frankfurt Ab. 50,00. J. Jgr Stodum Ab. 3,80. Wind Kiel Ab. 7,60. Brdm Gotha Ab. 9,60. Psh Hannover Schr. 6,32.

**Fonds für Gemahregelste.**  
B. R. hier 1,00. C. hier 1,00. Fdmth Kreuzschwiz 3,00.  
**Agitationsfonds.**  
B. R. hier 2,00.  
**Hamburg.** **Korbmacher-Bund.**  
Sonabend, den 21. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Salon zum Roland, 1. Jakobstraße Nr. 19: (S. 146)  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Bundesangelegenheiten. [70]  
F. Wirteling.

**Leipzig.** **Krankenkasse der Kürschner, Sattler, Riemer, Bentler, Posamentierer, Strumpfwirker u. Friseur.**  
Sonabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr:  
**Generalversammlung**  
im „Thüringer Hof“, Burgstraße Nr. 20.  
Tagesordnung: Rechenchaftsbericht über das verlossene Geschäftsjahr, 2. Bericht der Revisoren, 3. Anträge des Vorstandes oder der Mitglieder, 4. Renwahl des Vorstandes, der Revisoren und des Gewahrsmanes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.  
Ehr. Hadlich, Vorsitzender. [120]

**Leipzig.** **Metallarbeiter-Gewerkschaft.**  
Sonabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, in Wenzels Restauration am Rübdenweg: [50]  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: Krankenkassen-Angelegenheiten. Der Bev.  
Als Neuvermählte zeigen lieben Freunden hierdurch ergebnis an  
F. Adolph Auerbach,  
J. Dorothee Auerbach  
geb. Ulbricht.  
Gaißichen, den 16. Juli 1877. [150]

**G. Roschmieder,** früher in Harzburg, wird um Aufgabe seiner Adresse dringend ersucht von  
G. Fiedler in Harzburg.

**Polytechnische Schule zu Langensalza.**  
Das Wintersemester beginnt am 8. Oktober, desgleichen der Vorbereitungsunterricht für den einjähr. Freiwilligendienst; der unentgeltliche Vorbereitungsunterricht beginnt am 1. September an. Die Immatrikulation für die Maschinen- und Mühlenbau-Abtheilung findet am 6., für die Bau- und Ingenieur-Abtheilung am 7. Oktober statt. Prospekt frei durch den Direktor (H 02598) [300]  
Dr. Kirchner.

Die  
**Schweiz. Vereinsbuchdruckerei**  
(Eigenthum des Schweiz. Arbeiterbundes)  
Göttingen · Zürich, Nr. 35 Zeltweg Nr. 35  
empfehlen sich zur Anfertigung aller Art Buchdruck-Arbeiten, wie: größeren Werken, Statuten, Broschüren, Circularen, Geschäfts-Empfehlungs- u. Mitgliederarten, Programmen, Rechnungen u. c. Eine bedeutende Vergrößerung des Geschäfts ermöglicht es, allen billigen Anforderungen in Bezug auf Druckerarbeiten gerecht zu werden. Das Institut kann namentlich Selbstverlegern empfohlen werden, welche im „Reich der Gottesfurcht“ für ihre radikalen Werke keine Drucker finden können. (26) [390]

**Berfügung**  
in Sachen betreffend die Firma:  
**Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin** (Eingetragene Genossenschaft).  
Nr. 77.  
Einzutragen in das Genossenschafts-Register Nr. 77, Colonne 4: Ausgeschlossen aus dem Vorstande ist der Redakteur Fripsche und an dessen Stelle der Goldarbeiter Wilhelm Bong zu Friedenau gewählt.  
Eingetragen zufolge Verfügung vom 18. Juli 1877 am selbigen Tage (Akten über das Genossenschaftsregister, Beilageband 77, Seite 111).  
Königl. Stadtgericht I. Abtheilung für Civilsachen.  
(L. S.)

**Bekanntmachung.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in der Generalversammlung vom 1. Juli d. J.  
**6 pCt. Dividende**  
für jeden voll eingezahlten Anttheilschein für das Geschäftsjahr 1876/77 bewilligt sind und kann dieselbe von jetzt ab täglich an unserer Kasse, **Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a**, gegen Vorzeigung des Anttheilscheines mit 1,62 Mark pro Anttheilschein abgehoben werden.  
Berlin, den 18. Juli 1877.  
**Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei**  
Eingetragene Genossenschaft.  
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.  
Der Vorstand:  
A. Geinisch, W. Bong, Heinr. Radow.

Durch uns ist zu herabgesetzten Preisen zu beziehen eine kleine Partie von  
**Beder, Joh. Phil.,** Vorbote. Sozial-politische Monatschrift (6 Jahrgänge 1866—71) 5 Mark.  
— **Wie und Wann?** Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit. Preis pr. Expl. 2 Mark.  
— **Le Précurseur.** Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877). Preis pr. Expl. 60 Pf.  
**Eccarius, J. G.,** Ein Arbeiter's Widerlegung der nat.-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's. Preis pr. Expl. 40 Pf.  
Die Expedition des „Vorwärts“.  
Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Fährstraße 12/II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.